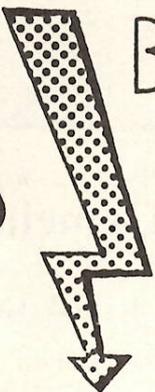
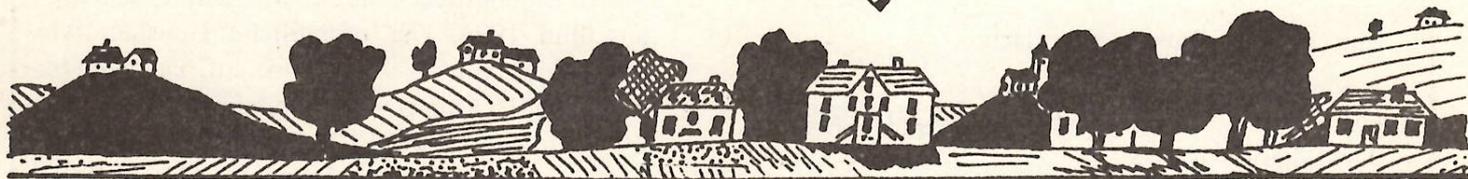


LISTE

**GA**  **BLITZ**

Sozial-Ökologische  
Plattform



An einen Haushalt

Nr. 3/97

Postgebühr bär bezahlt

## Wir sind keine Versuchskaninchen

80 % der ÖsterreicherInnen lehnen gentechnisch manipulierte Lebensmittel ab. Deshalb gibt es vom 7. - 14. April ein Gentechnik-Volksbegehren.

Dieses Volksbegehren ist der Auftrag an die österreichischen PolitikerInnen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Österreich und auf europäischer Ebene gefährliche Fehlentwicklungen zu verhindern.

### 1. Kein Essen aus dem Genlabor in Österreich!

Wir fordern ein gesetzlich verankertes Verbot der Produktion und des Verkaufs gentechnischer veränderter Lebensmittel und Agrarprodukte in Österreich. Niemand kann beim Verzehr gentechnisch veränderter Lebensmittel Langzeitwirkungen auf die menschliche Gesundheit ausschließen. Wie bei der Atomkraft fordern wir daher, daß keine Langzeitversuche am Menschen gestartet werden.

### 2. Keine Freisetzung in Österreich!

Wir fordern ein gesetzliches Verbot von Freisetzungen gentechnisch veränderter Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen. Der Einsatz der Gentechnik bedeutet eine existentielle Bedrohung jener österreichischer Bauern und Bäuerinnen, die im Sinne der KonsumentInnen auf hohe Qualität und regionale Vielfalt ihrer Produkte achten.

### 3. Kein Patent auf Leben!

Wir fordern ein gesetzliches Verbot der Patentierung von Lebewesen. Landwirtschaftliche Nutztiere, Versuchstiere und Pflanzen sollen nicht im Genlabor geschaffen und von den PatentinhaberInnen „vermarktet“ werden. Die Patentierung von Lebewesen ist aus ethischer Sicht grundsätzlich abzulehnen. Die Schöpfung von Leben soll der Natur und nicht dem Genlabor vorbehalten bleiben!

*Die InitiatorInnen sind: ARGE Schöpfungsverantwortung, Österreichische Bergbauernvereinigung, Vier Pfoten und ÖKOBÜRO*

**Kontakt:** Gen-Infobüro  
Ettingshausengasse 2 - 4, 1190 Wien  
Tel. 318 27 40/12  
Spendenkonto: PSK 92 063 660



## Bericht von der Gemeinderatssitzung am 27. 2. 1997

### 1. Feststellung der Beschlußfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Entschuldigt: Ratzka, Klimitsch

Dringlichkeitsantrag der ÖVP: Pachtvertrag für das Retentionsbecken

Völlig unmotiviert brachte Bürgermeister Jonas diesen Dringlichkeitsantrag ein. In alter Tradition wollte die SPÖ auch diesen Antrag (wie die der LISTE GABLITZ) gleich von vornherein ablehnen. Nach einiger Diskussion wurde einstimmig beschlossen den Dringlichkeitsantrag als Punkt 15 a zu behandeln.

### 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. 12. 1996

Das Protokoll wurde einstimmig angenommen.  
Abstimmung: 21 Pro - 0 Contra - 0 Enthaltungen, angenommen

### 3. Bericht des Prüfungsausschusses

Hurra! Es ist alles in Ordnung. GR Voigt bestätigte, wie jedes Jahr, daß alles in bester Ordnung ist und es keinerlei Grund für Änderungen gibt. Schön zu wissen, oder?

### 4. Bericht des Bürgermeisters

- BM Jonas berichtet, daß Herr Ing. Rainer an die Gemeinde mit dem Plan herangetreten ist, in der Ortsmitte ein Gemeindezentrum zu errichten. In diesem Zentrum könnte sich auch die Gemeinde sowie Arzt und Apotheke einmieten. Vor einer Beratung des Angebotes in der Gemeinde wird allerdings auf eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gewartet.
- Die Gemeinderatssitzungen 1997: 10. April, 22. Mai, 28. August, 2. Oktober und 4. Dezember

### 1. Rechnungsabschluß 1996

VBM Ehrenguber präsentierte den Rechnungsabschluß 1996. Der ordentliche Haushalt wies Einnahmen von ca. S 63 Mio. auf. Der außerordentliche Haushalt wies Einnahmen von ca. S 33,5 Mio auf. Obwohl GR Kamauf (SPÖ) auf die besondere Leistung des VBM hinwies, daß sich das Budget auch diesmal wieder auf 0 ausgegangen ist und keine Rechenfehler aufwies, fand die LISTE GABLITZ einige Haare in der Suppe. Beispielsweise störte uns (offenbar im Gegensatz zur SPÖVP) der Schuldenstand von S 178 Mio. doch gewaltig. Auch der Schuldendienst von S 11 Mio. ist im Hinblick auf die Einnahmen von S 63 Mio. ziemlich hoch (immerhin 20 %). Die freie Finanzspitze ging auch dieses Jahr weiter zurück. Die frei verfügbaren erwirtschafteten Mittel der Gemeinde machten nur mehr 10 Mio. aus und werden, wie beim Voranschlag 1997 deutlich wurde, noch weiter sinken.

Kein Wunder also wenn die Gemeinde sparen mußte. Wie bekannt, sparte sie jedoch bei den BürgerInnen (durch das Sparpackerl 1996 = erhöhte Gebühren für Wasser, Abwasser, Aufschließung etc.) und bei Sozialprojekten. budgetierten Maßnahmen Kindergarten, Volksschule, Hort und Schwimmbadsanierung wurden nicht realisiert. Dafür wurde das Straßenbaubudget auch 1996 noch um 2 Mio. zusätzlich (auf stolze 22 Mio.) aufgestockt. Eine Prioritätensetzung, die die Politik der SPÖVP der letzten Jahre getreu widerspiegelt. Kein Wunder also, wenn die LiGa diesem Rechnungsabschluß die Zustimmung verweigerte.

Abstimmung: 19 - 1 (Lamers) - 1 (Weiss), angenommen

### 2. Voranschlag 1997

VBM Ehrenguber berichtete über die Budgetplanung für das Jahr 1997. Der ordentliche Haushalt wird S 64 Mio. ausmachen, der außerordentliche auf 27 Mio. zurückgehen. Dieser Rückgang spie-

gelt natürlich nicht die Notwendigkeit der öffentlichen Investitionen wider, sondern bloß die Unfinanzierbarkeit der wichtigen sozialen Maßnahmen. Volksschule/Hort und Kindergarten werden zwar weitergebaut, aber die Sanierung des baufälligen Gemeindeamtes oder die Restaurierung des Schwimmbades scheint in weite Ferne zu rücken. Die freie Finanzspitze wird sich auf 5,5 Mio. reduzieren, die Schulden auf 181 Mio ansteigen.

In einer von der LISTE GABLITZ ausgelösten Diskussion wurde klar, daß Maastricht nicht irgendwo fern der Heimat liegt, sondern seine Auswirkungen bis in die Budgeterstellung einer kleinen Gemeinde hineinreicht. Die Maastrichtkriterien werden daher auch noch in den nächsten Jahren die Budgeterstellung, aber auch die Strukturen der Gemeinde beeinflussen.

Abstimmung: 19 - 2 (LiGa) - 0, angenommen

### 3. Darlehensaufnahme

Nach den ernüchternden Zahlen für das Budget 1997 war klar, daß die dringend notwendigen Vorhaben Volksschule und Kindergarten nicht aus den eigenen Einnahmen der Gemeinde finanziert werden können. Ein Darlehen in der Höhe von S 9,2 Mio. ist daher notwendig. VBM berichtete, daß 9 Banken um Angebote ersucht wurden, wobei die Bank Austria mit einem Darlehensangebot von 3,55 % auf eine Laufzeit von 15 Jahren das beste Angebot legte. Als Sicherheit dienen die Einnahmen aus der Kommunalsteuer.

Abstimmung: 21 - 0 - 0, angenommen

### 4. Müllgebühren

VBM Ehrengruber spart weiter! Nachdem er Ihnen letztes Jahr bereits eine Reihe von Gebührenerhöhungen aus dem Geldbörstel „gespart“ hat, geht es in dieser Tonart auch 1997 so weiter. Obwohl der Rechnungsabschluß 1996 gezeigt hat, daß die Müllgebühren **mehr** als kostendeckend sind, werden sie ab 1. 4. 1997 um 5,6 % erhöht. Die Gemeinde freut sich daher über diesen Gewinn aus Ihren Abfällen.

Abstimmung: 20 - 1 (Lamers) - 0, angenommen

### 5. Bonusaktion 1996 für Kompostierer

Wir haben auch das Jahr 1996 ohne Rattenplage und Pest überlebt. Glück gehabt, denn die heimtückischen Komposthaufen werden in Gablitz immer noch gefördert. Auch diesmal erhalten die 480 VerweigererInnen der Biotonnen und konsequenten KompostiererInnen einen Bonus von S 120,- für das vergangene Jahr. Die Anregung der LiGa diese Bonusaktion nicht jedes Jahr aufs neue im Gemeinderat abzustimmen, sondern einmal für die Zukunft beschließen, wird im Ausschuß beraten werden. Die wackeren SeuchenbekämpferInnen der SPÖ verhielten sich, nach der umfangreichen Diskussion 1996, eher ruhig und legten lediglich einen stillen Protest ein.

Abstimmung: 15 - 5 - 1, angenommen

### 6. Subventionen

Die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt waren diesmal erfreulich gut aufbereitet. Die Abstimmung selbst daher auch kein Problem.

Alle Subventionen wurden einstimmig angenommen.

- Soziales: Das Hilfswerk Purkersdorf-Gablitz-Mauerbach ist in drei Bereiche gegliedert. Die Sozialstation (Heimkrankenpflege, Heimhilfe) wird 1997 S 69.874,-, Familie Aktiv (Betreuung der Tagesmütter, Kurse etc.) S 50.000,- und der Bunte Schirm (Jugendhilfe) S 4.000,- erhalten.
- Feuerwehr: Wie jedes Jahr wird die freiwillige Feuerwehr auch diesmal einen Betriebskostenbeitrag von S 225.000,- erhalten.
- Kultur und Sport:
 

Josef Karner Bücherei:	S 5.000,-
Gablitzer Kulturkreis:	S 35.000,-
+ S 4.000,- monatlich bis September,	
SV Teleges:	S 85.000,-
Musikverein:	S 35.000,-
Amateur Film Club:	S 4.000,-
Pfadfinder:	S 15.000,-
Singgemeinschaft:	S 5.000,-
Theatergruppe Peter Pilat:	S 5.000,-
New Stage Company:	S 10.000,-
- Sondersubvention für den Musikverein für die Anschaffung neuer Trachten: S 100.000,-

## 7. Um- und Ausbau der Volksschule, Auftragsvergaben

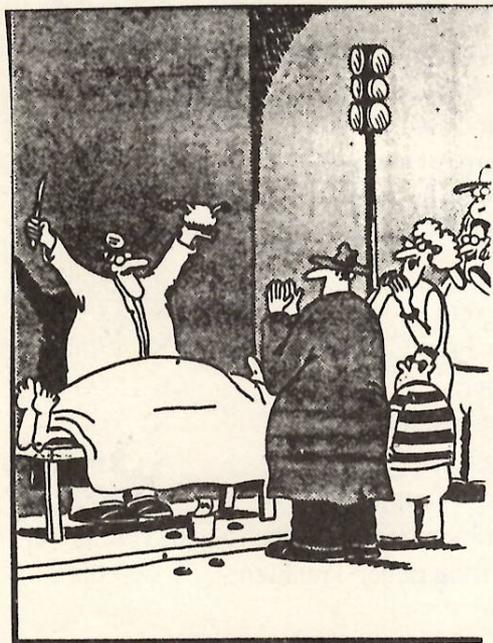
Für die Volksschule wurden verschiedene Arbeiten ausgeschrieben. Laut GGR Kadlec lagen alle Angebote unter den jeweiligen Kostenschätzungen.

- Fliesenleger: 6 Angebote, Bestbieter: Fa. Schlagger, Herzogenburg S 361.870,--
  - Bodenleger: 4 Angebote, Fa. Schagerl, St. Pölten: S 265.248,--
  - Maler- und Anstreicher: 6 Angebote, Fa. Prinkel, Tulln: S 678.517,--
  - Spengler: 3 Angebote, Fa. Resch, Sieghartskirchen: S 475.261,--
  - Zimmermannsarbeiten: 4 Angebote, Fa. Kern, Sieghartskirchen: S 780.994,--
- Abstimmung: 21 - 0 - 0, angenommen

## 8. Öffentliche Beleuchtung, Auftragsverlängerung Firma Ing. Wejda

VBM Neumayer berichtet, daß die Fa. Ing. Wejda 1992 nach einer Ausschreibung den Auftrag für die öffentliche Beleuchtung erhalten hat. Die Fa. Wejda bot an, nach Ablauf des 5 Jahresvertrages, zu den gleichen Bedingungen mit Indexsteigerung von 1,8 % 1997 weiterzuarbeiten. Das Volumen des Auftrages beträgt ca. S 230.000,--.

Abstimmung: 21 - 0 - 0, angenommen



*Straßenchirurgen*

## 9. Öffentliches Schwimmbad, Pachtvertrag

Es war ja gut gemeint. Im Antrag, den Vertrag mit Frau Bukac bezüglich der Verpachtung der Schwimmbadkantine über drei Jahre abzuschließen, wurde der Passus eingefügt, daß die Pächterin die Bestrebungen der Gemeinde zur Müllvermeidung unterstützen soll. Damit versuchte GR Lamers im Liegenschaftsausschuß die Plastikbecher im Bad abzuschaffen. Die Definition von „Vermeidung“ des Müllexperten der Gemeinde GR Warholek erstaunte dann aber in der GR Sitzung doch. Papier ist das Beste von Überhaupt. Glas ist viel zu gefährlich. Es hat zwar 20 Jahre bei der Familie Lembacher funktioniert, seit demals sind aber entweder die Leute dümmer oder die Gläser heimtückischer geworden. Schlimm war vor allem, daß sich jene Leute als Experten auführten, die selbst nie im Schwimmbad zu sehen sind. Bei dieser Auffassung von „Vermeidung“ sind besagte Bestrebungen der Gemeinde eine Farce.

Abstimmung: 19 - 0 - 2 (LiGa), angenommen

## 10. Notarzwagen, Kostenbeitrag zu den Betriebskosten

Die Betriebskosten des Notarzwagens werden nach dem Kopfschlüssel auf die Gemeinden des Bezirkes aufgeteilt. Das bedeutet für Gablitz 1997 S 75.680,--. Diese Betriebskostenabdeckung erfolgt jedoch ab sofort regelmäßig. Der Zusatzantrag von GR Lamers, die Kosten jährlich im Bericht des Bürgermeisters dem Gemeinderat zu berichten wird angenommen.

Abstimmung: 21 - 0 - 0, angenommen

## 11. Verkauf eines Grundstückes

Die Gemeinde kaufte vor 3 - 5 Jahren in Mitterau ein Grundstück von 275 m<sup>2</sup> um ca. S 26.000,-- Da das Grundstück allerdings an der B1 liegt und eine Wohnbaugenossenschaft das Nachbargrundstück besitzt, liegt nunmehr zur Bauplatzschaffung ein Kaufangebot über S 400.000,-- vor. GGR Ecker stellte daher den Antrag auf Verkauf des Grundstückes.

Abstimmung: 21 - 0 - 0, angenommen

**15.a Pachtvertrag mit den Bundesforsten**

Die Errichtung eines Rückstaubeckens (für den Gablitzbach im Falle eines möglichen Hochwassers) beim Sportplatz zieht sich jetzt bereits mehrere Jahre hin. Gablitz kostet die Errichtung fast nichts und die Pläne wurden ebenfalls schon vor langem von der NÖ Landesregierung vorgelegt (u.a. soll eine ständig überschwemmte Fläche und ein Feuchtraumbiotop entstehen). Was fehlt ist lediglich die Fläche, die jedoch derzeit den Bundesforsten gehört. Da sich die ÖBF bisher weigerten das Grundstück zu verkaufen, stellte der Bürgermeister den Dringlichkeitsantrag diese Fläche um eine jährliche Summe von S 20.000,- zu pachten. Hintergrund der Weigerung der ÖBF ist ein seit Jahren schwelender Konflikt um ein Grundstück an der B1, für das die ÖBF unbedingt eine Baulandwidmung möchten. Statt jedoch den Konflikt auszutragen und mit dem (für Zwecke der Hochwassersicherheit des ganzen Ortes relativ leicht durchsetzbaren) Enteignungsverfahren zu drohen, wollte die ÖVP auf den Pachtvertrag eingehen. Jedoch war nicht nur die LiGa dagegen, sondern auch die gesamte SPÖ. Nachdem (Oberförster) GR Kamauf berichtete, daß ab 1. 3. 1997 ein neues Management bei den Bundesforsten die Leitung übernimmt, wurde der Antrag an den Ausschuß verwiesen um neuerlich mit der ÖBF AG zu verhandeln.

**12. Grundsatzbeschluss, Vermietung von freien Flächen im Wirtschaftshof**

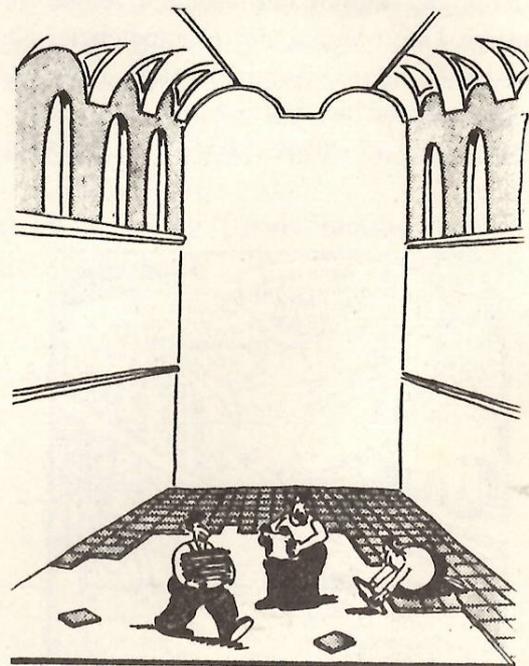
GGR Ecker brachte zu diesem Punkt einen Antrag vor, welcher ihm von der ÖVP diktiert wurde. Daß der Bauhof überdimensioniert ist, war ja keine Neuigkeit, daß aber bis jetzt keine/r weiß, was mit den Flächen eigentlich zu geschehen hat, ist ein neuer Aspekt an diesem Chaosbau. Wie erinnerlich hat die Gemeinde ja bereits vergeblich versucht einige Vereine und sogar das Heimatmuseum dort einzuquartieren. Da das aber fehlgeschlagen ist, möchte die ÖVP die Flächen jetzt an Firmen längerfristig vermieten. Es gibt zwar weder ein Nutzungskonzept noch konkrete Vorstellungen über die Kriterien nach denen vermietet werden sollte, aber bereits zwei Firmen denen der

Bürgermeister im Wort war. Die LISTE GABLITZ zeigte diesen, für Gablitz typischen, Irrsinn auf und bekam diesmal sogar Unterstützung von der SPÖ. Diese war ebenfalls äußerst verstimmt darüber, daß „ihr“ GGR Ecker diesen seltsamen Antrag stellen sollte. Als dieser sich weigerte, nahm ihm BM Jonas unwirsch den Zettel aus der Hand und stellte den Antrag selbst. Nach einer Sitzungsunterbrechung, in der offenbar die möglichen Gegenstimmen zusammengezählt wurden, zog er aber den Antrag wieder zurück und beauftragte den Liegenschaftsausschuß mit der Erstellung eines Nutzungskonzeptes und konkreter Vergabekriterien.

**13. Lehrlingsförderung, Kommunalsteuer**

Man/frau muß Signale setzen. Am besten solch die nichts kosten. Die Gemeinde führt daher eine Lehrlingsförderung ein. Hiesige Betriebe die einen Gablitzer Lehrling einstellen bekommen für diesen die Kommunalsteuer rückerstattet. Bei 18 Lehrlingen in Gablitz wird das höchstens S 35.000,- für alle pro Jahr ausmachen. Nicht nur GR Querfeld (ÖVP) hielt diese „Förderung“ für eine Farce.

Abstimmung: 20 - 1 (Querfeld) - 0, angenommen



*Obwohl sie längst von der Geschichte vergessen sind, schreibt man Lambini & Söhnen den Boden der Sixtinischen Kapelle zu*

## 14. Kinderbetreuungsgesetz, Abbuchungsermächtigung

Das Land überweist der Gemeinde regelmäßig den ihr zustehenden Anteil aus den Ertragsanteilen. Gleichzeitig muß die Gemeinde aber verschiedene Zahlungen an das Land leisten. Das Land NÖ stellte daher an die Gemeinde den Antrag die Zahlungen der Gemeinde gleich bei den Bedarfszuweisungen einzubehalten. Da aber die Erfahrungen der Gemeinde mit dem Land nicht die besten sind, wird diese Abbuchungsermächtigung verweigert.

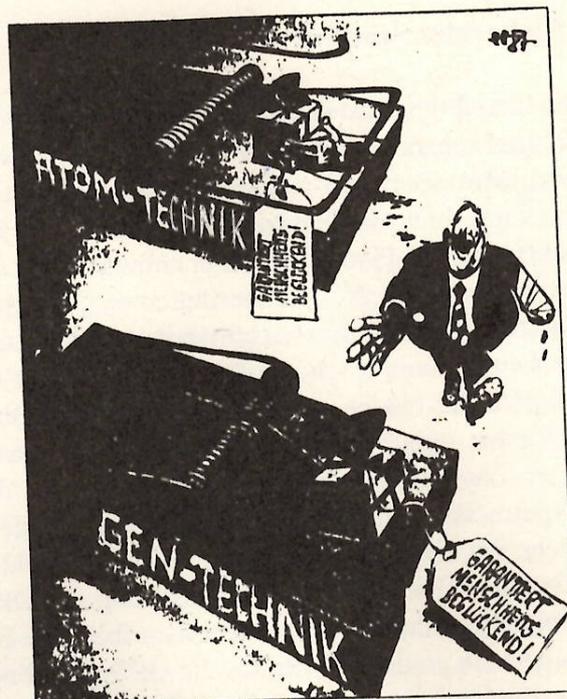
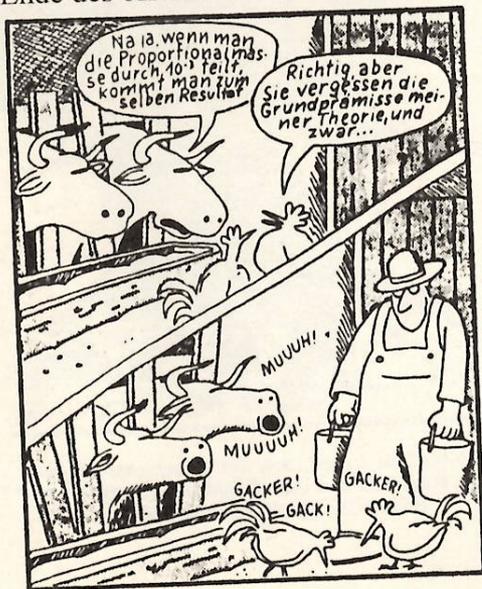
Abstimmung: 21 - 0 - 0, angenommen

## 15. NÖ Bauordnung, Übertragungsverordnung

Das wäre der TO Punkt gewesen, in dem die ÖVP ihre „Wirtschaftsfreundlichkeit“ unter Beweis hätte stellen können. Zwecks Verfahrensvereinfachung trat die NÖ Landesregierung an die Gemeinde mit dem Vorschlag heran, die Angelegenheiten der örtlichen Baupolizei bei Betriebsanlagen an die Gewerbebehörde abzutreten. Damit würde nicht nur eine Vereinheitlichung, sondern auch eine Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens verbunden sein. Da die ÖVP aber um die Allmacht des Bürgermeisters in seiner Rolle als Baupolizist fürchtete, lehnte sie eine derartige Übertragung der Kompetenzen ab. Ein absurdes Szenario, wenn man/frau bedenkt, daß das eine „Wirtschaftspartei“ sein soll.

Abstimmung: 17 - 0 - 4 (LiGa, Haas, Friedler)

Ende des öffentlichen Teils: 22 Uhr 45



Das intelligenteste Wesen der Erde

## Atmosphärische Störungen

Die Flitterwochen nach der Gemeinderatswahl 1996 sind offenbar vorbei. Die relative Stärkung der ÖVP bei dieser Wahl bekommt jetzt auch die SPÖ immer öfter zu spüren. Nicht nur in den Ausschusssitzungen werden die Roten dort gepikst, wo es besonders wehtut (Sportverein und Straßenbau), sondern die ÖVP versucht die SPÖ sogar in der öffentlichen Gemeinderatssitzung zu demütigen. Die Aufforderung des Bürgermeisters an GGR Ecker einen von diesem nicht mitgetragenen Antrag endlich zu verlesen war vom Feinsten in Puncto kleiner Gemeinden.

Sowohl bei der Diskussion über die Vermietung des Bauhofes als auch bezüglich des Pachtvertrages mit den Bundesforsten versuchte die ÖVP die SPÖ zu überfahren. Allerdings sollte sich der Bürgermeister bei solchen Aktionen besser vorher versichern, daß mit seinen willigen ZustimmerInnen des LIF und der F, wirklich eine Mehrheit für die ÖVP zu erzielen ist. Wenn Argumente fehlen, sollten wenigstens alle Getreuen da sein. So blieb bei beiden Anträgen nicht mehr übrig als ein Verweis in den Ausschuß.

Gottfried

## Die ÖVP und die Müllvermeidung

In der Gemeinderatssitzung vom 27. 2. 1997 wurde unter anderem die Neuverpachtung des Buffetbetriebes im Gablitzer Schwimmbad besprochen.

Der Vertrag der voraussichtlichen Pächterin beinhaltet auch den Satz, daß die Umweltrichtlinien der Gemeinde Gablitz einzuhalten sind. Im Verlauf der Diskussion stellte sich dann heraus, daß für den Verkauf der Getränke keine Gläser mehr verwendet werden **dürfen** (!!), sondern Wegwerfbecher. Der Umstand, daß es sich hierbei nicht um Kunststoffbecher, sondern solche aus Papier handelt, wurde in der Diskussion kaltblütig als „Müllvermeidung“ deklariert.

Besonders GR Warholek hat sich dabei, in seiner leidlich bekannten Art, mit einigen Bemerkungen, welche auf profundes Wissen der Materie Abfall und der Welt im allgemeinen schließen lassen, hervorgetan. Das Argument, daß es bei Frau Lembacher mehr als 20 Jahre möglich war, vom Eiskaffee bis zur Limonade alles in Gläser auszuschenken, konnte sich nicht durchsetzen. Offensichtlich sind nach Ansicht einiger unserer politischen Vertreter die BadbenutzerInnen in den letzten Jahren derart verblödet, daß sie nicht mehr imstande sind mit zivilisierten Geschirr umzugehen. An einigen Gemeinderäten und augenscheinlich sämtliche Diskussionen der letzten Jahre betreffend Müllvermeidung spurlos vorbeigegangen.

Auch kleinste Maßnahmen, wie die Verwendung von Mehrwegflaschen, ordentlichem Geschirr, keine Getränkedosen usw. sind bereits wichtige (Denk) Schritte um Müllberge abzubauen. Zur Zeit verursacht jede/r von uns ca. 420 kg Abfälle pro Jahr.

Das mindeste das in Bezug auf Umweltschutz von einer Gemeinde erwartet werden kann, ist eine entsprechende Vorbildwirkung bei kommunalen Einrichtungen. Besonders dann, wenn sie, wie das Schwimmbad, vor allem von Kindern genutzt werden.

Fritzi

PS: Dem Herrn Umweltgemeinderat war die ganze Sache dann doch sehr peinlich und da er, ob des eher als niedrig einzustufenden, Bewußtsein der Gablitzer ÖVP in Sachen Umweltschutz ziemlich zerknirscht war, versprach er etwas Erziehungsarbeit in seiner Partei zu leisten.

Viel Glück Michi, Sisyphus ist nix dagegen.

## Lichtspiele

Der Kampf um eine Ampel und den sicheren Übergang über die B1 ist mühsam und langwierig. Am Beispiel der beiden Gablitzer FußgängerInnenampeln läßt sich das leicht nachvollziehen. Petitionen mußten verfaßt, Unterschriftenlisten gesammelt, (mehrfach) Behördenprüfungen abgehalten, die (zögerliche) Zustimmung der Gemeinde eingeholt werden. Und vor allem: es mußte viel gewartet werden. Auf die Ampel bei der Berggasse ca. 3 Jahre, auf die beim Gemeindeamt noch länger.

Aber es geht offenbar auch einfacher. Wenn man/frau groß genug ist und mit einigen Milliarden Wirtschaftskraft winken kann, gestaltet sich auch der Umgang mit Behörden einfacher. Wenn sich ein Supermarkt irgendwo hinsetzt, den NahversorgerInnen das Wasser abgräbt (bis zur Aufgabe) und dann draufkommt, daß sein Parkplatz zu klein geraten ist, ist das wohl kein öffentliches Anliegen - oder? Eben nicht! Wenn Billa Parkplatzprobleme hat, staut Gablitz!

Weit und breit kein/e FußgängerIn der/die das Idyll der Parkplatzampel stört und eine lehrreiche Geschichte über Machtverhältnisse im Land.

Gottfried

## Gemeindezentrum

Neben dem Gablitzter Schwimmbad, das die SPÖVP in Gedanken bereits aufgegeben hat, ist das Gemeindeamt wohl die baufälligste Ruine im Gemeindebesitz. Die Senkung der Decke um 20 cm im Festsaal wurde dadurch „behoben“, daß die daraufliegenden Kisten weggeräumt wurden. So wie die Gemeindefinanzen stehen, bzw. sich die letzten Jahre entwickelt haben, ist an einen Neubau oder eine Sanierung in absehbarer Zukunft nicht zu denken. Da erscheint das Angebot von Ing. Rainer gerade zum rechten Zeitpunkt. Er hat vor, den alten Bauernhof im Ortszentrum abzureißen und ein Gemeindezentrum zu errichten. Dort wäre, neben Arztpraxen und Apotheke auch Platz für ein Gemeindeamt. Allerdings nicht zum Kauf für die Gemeinde, sondern als Mietobjekt.

Es sollte zwar nicht der Weg Purkersdorfs eingeschlagen werden und in Zukunft nur auf Leasing gesetzt werden, aber dieser Vorschlag hätte sicher seinen Reiz. Neben einer Belebung des Ortszentrums, könnte, bei günstiger Ausnutzung der vorhandenen Räume, auch das Parkplatzproblem gelöst werden. Dann könnte eventuell auch die ÖVP von ihrer Schnapsidee, den Schulgarten für Parkplätze zu asphaltieren, absehen.

Gottfried

## Offener Brief

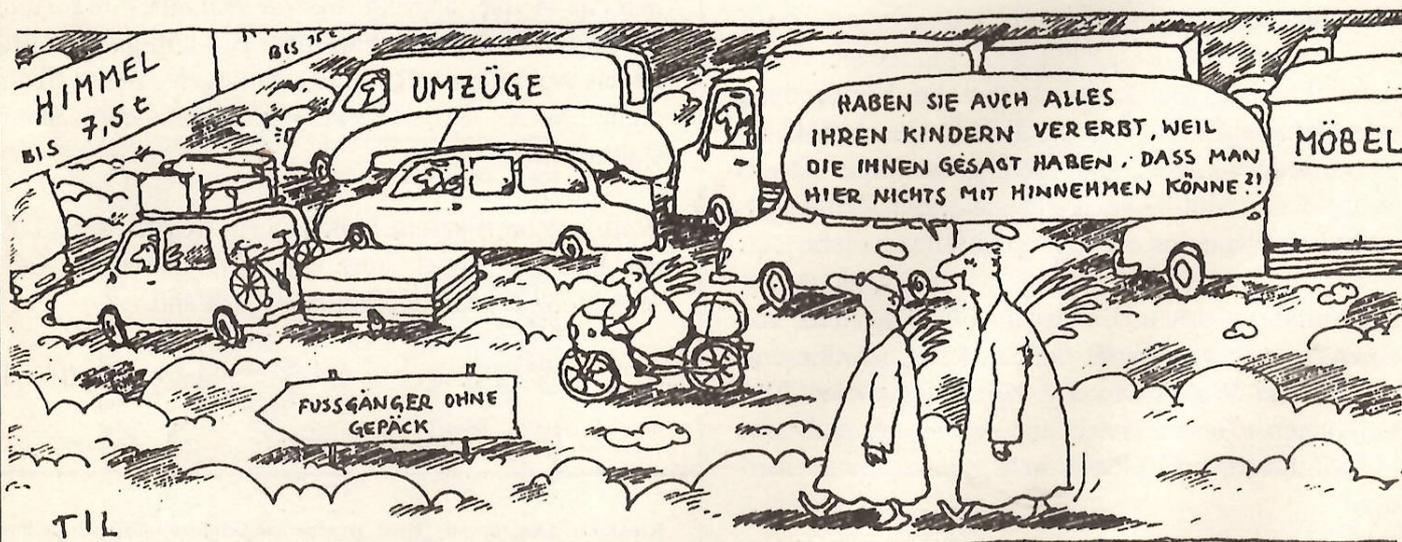
Purkersdorf, März 1997

Sehr geehrte/r Frau/Herr Gemeinderat/rätin!

Wie verschiedenen Medien zu entnehmen ist, plant das österreichische Bundesheer, in Purkersdorf Ende April seine Geräte auszustellen. Ich finde es geschmacklos, kurz nach dem vorläufigen Ende der blutigen Auseinandersetzungen bei unseren südlichen Nachbarn, Kriegsmaterial öffentlich zur Schau zu stellen. Vor allem auch hinsichtlich der sich zuspitzenden Gegensätze in unserer Gesellschaft, halte ich es für äußerst bedenklich, Geräte, die zum Zweck des Tötens hergestellt bzw. eingesetzt werden, auf diese Weise salonfähig zu machen.

Ich wende mich hiermit an Sie als Mensch und Gemeinderat/rätin mit der dringenden Bitte, mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (Anfrage, Dringlichkeitsantrag, informelle und formelle Gespräche, ...) die Teilhabe der Stadtgemeinde Purkersdorf an dieser beschämenden Veranstaltung zu verhindern.

Hochachtungsvoll  
Karin Eitl



## Das gesunde Budget und die künstliche Befruchtung

GGR Ehrengruber hat in seiner, und uns gegenüber üblichen, herablassenden Art, den Rechnungsabschluß 1996 und den Voranschlag 1997 präsentiert. Fragen dazu hat er nur höchst unwillig und teilweise überhaupt nur nach mehrmaligen Drängen beantwortet.

Der **Rechnungsabschluß 1996** zeigt deutlich wo die politischen Präferenzen der Gablitzer Politiker der SPÖVP liegen. Ganz eindeutig nicht auf der sozialen Seite. So wurden wieder einige wichtige Projekte, wie z.B. die Schwimmbadsanierung nicht in Angriff genommen. Dafür wurden 22 Mio. für den Straßenbau und 5,4 Mio. für einen konzeptlosen Wirtschaftshof investiert.

Das Budget 1996 umfaßte S 63.356.351,42 im ordentlichen und S 33.638.836,45 im außerordentlichen Haushalt, das sind gesamt ca. S 97 Mio. Die Gesamtverschuldung beträgt S 178.127.623,03. Der Schuldendienst hat 1996 immerhin S 10.941.176,54 ausgemacht, das sind ca. 12 % der Gesamtaufwendungen.

Der einzige eher heitere Punkt im RA 96 war der Posten „Förderungen der Land- und Forstwirtschaft“ da waren nämlich S 5.780,- für künstliche Befruchtung zu verzeichnen. Auf Nachfrage stellte sich heraus, daß die Gemeinde Gablitz verpflichtet ist, anstatt des nicht mehr existierenden Gemeindestieres, Subventionen für die künstliche Befruchtung von Kühen zu leisten. Einige Tiere des Klosters und bei einem privaten Landwirt kamen so zu diesem zweifelhaften Vergnügen auf Gemeindegeldern.

Für den **Voranschlag 1997** ergeben sich für den ordentlichen Haushalt S 64.101.000,- und den außerordentlichen Haushalt S 27.245.000,-, das sind gesamt S 91,346 Mio. Der Schuldendienst wird in einer Höhe von S 11.450.740,- veranschlagt. Die

sogenannte freie Finanzspitze, das sind die verfügbaren Mittel für neue Projekte nimmt weiter ab und beträgt heuer nur mehr S 5.418.000,-. Das sind nur mehr 8,45 % nach auch schon dürftigen 16,05 % im Jahr 1996.

Innerhalb des Voranschlages gab es etliche Verschiebungen zwischen den einzelnen Haushaltsstellen. Herr Amtsleiter Rischanek erläuterte die für einige Fälle plausibel, mit dem Versuch etwas „Kostenwahrheit“ ins Budget zu bringen.

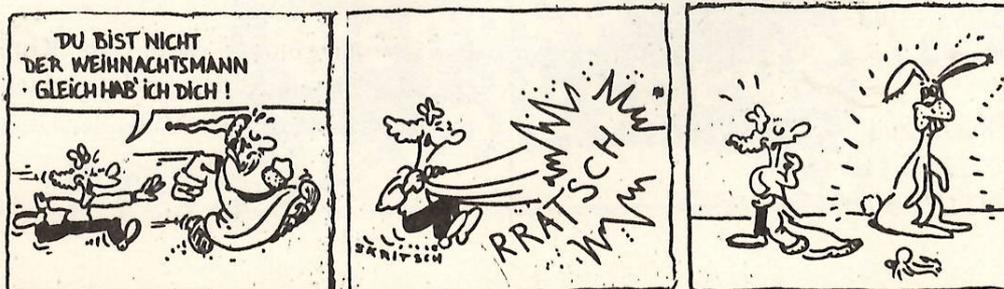
Herr GGR Ehrengruber ist, wie immer, der Meinung, daß alles in Ordnung ist und daß wir eine finanziell gesunde Gemeinde sind. Diese Meinung können wir aber angesichts der Überschuldung unseres Haushaltes nicht teilen. Daher würden wir uns eine sozialökologische Befruchtung unseres Gemeindebudgets mit entsprechenden Finanzschwerpunkten wünschen.

Die LISTE GABLITZ verfügt über je ein Exemplar des Rechnungsabschlusses und des Voranschlages 1997. Wir sind gerne bereit darüber nähere Auskunft zu geben. Sie können uns gerne anrufen (Tel. 61315).

Fritzi

### Vielleicht noch ein kleines Blitzlicht zur Lage des Gablitzer Budgets:

Wieviel glauben Sie, kostet eine A4 Kopie am Gemeindeamt (wenn Sie z.B. ein Dokument kopieren wollen)? 50 Groschen oder 1 Schilling (wie in einer Kopieranstalt)? 2 Schilling wie in den Gemeinden der Umgebung? Weit gefehlt! Ein Blatt kostet **5 Schilling** !! Das kann, wenn man/frau einen Bescheid kopieren möchte, ins Geld gehen. Aber bei diesem Schuldenstand werden die Bürger halt geschöpft wo es geht!



## Serviceseite

- **Frauen**

- Notruf für vergewaltigte Frauen: 0222/93 22 22
- Frauenhaus Wien: 0222/ 3156 56
- Frauenhaus St. Pölten: 0274/ 2014
- Ambulatorium für Schwangerenberatung: 0222/51 29 631
- Frauenministerium: 0222/53 115

- **Kinder**

- Kindertelefon: 0222/31 66 66

- **Konsumentenschutz**

- AK Konsumentenschutzabteilung: 0222/58 883
- Verein für Konsumenteninformation: 0222/58 78 686

- **Menschenrechte**

- Amnesty International: 0222/ 50 54 320

- **Soziales**

- Rotes Kreuz: 2144 Notruf 144
- Arbeitersamariterbund: 2244
- Kummernummer (Sozialministerium): 0222/58 73 587

- **Sozialstation Purkersdorf**

- Beratungsstelle: Wienerstraße 12, 3002 Purkersdorf: 58 10

- **Sucht**

- Anonyme Alkoholiker: 0222/406 81 64 oder 0222/798 82 41
- Angehörige von alkoholkranken Menschen (Al-Anon-Familiengruppe: 0222/408 53 77

- **Tiere**

- Bund der Tierversuchsgegner: 0222/71 30 824

- **Umwelt**

- Abfall- und Komposttelefon der NÖ Landesregierung: 0222/53 110/3214
- Gamma Meßstelle des Ökologie Instituts: 0222/48 22 89
- NÖ Umweltschutzanstalt: 02236/84 541
- Ozontelefon: 0222/53 110/44 44
- Greenpeace: 0222/71 30 031

## Der Experte

Es gibt tatsächlich Politiker, die glauben, daß sie die Wahl in eine Funktion (z.B. des Umweltgemeinderates) auch gleichzeitig mit dem notwendigen Wissen ausgestattet hat. Daß sie also „von Amts wegen“ mit Weisheit und Expertentum behaftet sind. So jedenfalls präsentiert sich unser aller Michi im letzten Gablitz Volksblatt. Leider kommt jedoch „Wissen“ immer noch vom „Lernen“.

Ich lasse ja nur ungern meinen Dipl. Ing. für Kulturtechnik und meine Arbeit im Umweltministerium (neben der Zuständigkeit für Förderungen auch Rande mit der Novellierung des UVP Gesetzes befaßt) herabhängen, aber nach dem letzten Artikel unseres famosen Umweltgemeinderates ist es wieder einmal an der Zeit, die Tatsachen ins richtige Licht zu rücken. Soviel technischer und polemischer Unsinn wie er in seinem Artikel verbreitet hat, schmerzt nämlich nicht nur mich.

Zunächst möchte ich klarstellen, daß mich, als LISTE GABLITZ, die Bände der Umweltverträglichkeitserklärung der HL AG die sich mit dem Perschlingtal beschäftigen nicht interessieren. Meine Zeit (immerhin ein eigener Urlaubstag) reichte gerade für die drei Gablitz betreffenden Bände und die Grundlagen des UVP Gesetzes. Dieses hätte auch dem Herrn Cech nicht geschadet, da darin auch Sinn einer Stellungnahme zur UVE erklärt ist. In der jetzigen Phase des Verfahrens geht es nicht um Einsprüche oder gar (wie die Gemeinde beschloß) um kollektiven Jubel über das Projekt, sondern um Erinnerungen für die prüfenden Behörden. Es geht darum, die Behörde auf **zusätzliche** relevante Prüfinhalte hinzuweisen. Dabei ist die von der HL AG ausgeschiedene Variante ohne der Riesendeponie in Gablitz (so groß, daß sie schon für sich genommen eine UVP erfordern würde) natürlich besonders wichtig. Wir sind also nicht **gegen** das Projekt, sondern **für** eine ordentliche Behördenprüfung.

Es ist verzeihbar, wenn ein Kommunalpolitiker fachlich unbeleckt ist, es ist jedoch eine Chuzpe, dieses Nichtwissen als Maß aller Dinge hinzustellen.

Gottfried



## Das Volksbegehren im Wortlaut:

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist im Bundes-Verfassungsgesetz zu verankern. Die Republik Österreich (Bund, Länder, Gemeinden) verpflichtet sich damit zum aktiven, umfassenden Abbau der Benachteiligungen von Frauen. Die tatsächliche Gleichberechtigung ist insbesondere durch folgende Maßnahmen herzustellen:

1. Unternehmen erhalten Förderungen und öffentliche Aufträge nur, wenn sie dafür sorgen, daß Frauen auf allen hierarchischen Ebenen ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend vertreten sind.
2. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist anzustreben. Deshalb ist ein Mindesteinkommen von S 15.000,-- brutto, das jährlich dem Lebenskostenindex angepaßt wird, zu sichern.
3. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind arbeits- und sozialrechtlich der vollen Erwerbstätigkeit gleichzustellen.
4. Keine Anrechnung des PartnerEinkommens bei Notstandshilfe und Ausgleichszulage
5. Die Gleichstellung der Frauen muß auch durch staatliche Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Die Bundesregierung hat geschlechtsspezifische Statistiken zu den Themen Beruf und Bildung zu erstellen und jährlich zu veröffentlichen.
6. Jeder Mensch hat das Recht, Beruf und Kinder zu vereinbaren. Daher hat der Gesetzgeber für die Bereitstellung ganztägiger, qualifizierter Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen zu sorgen. Tagesmütter sind auszubilden und arbeits- und sozialrechtlich abzusichern.
7. Zwei Jahre Karenzzeit für AlleinerzieherInnen.
8. Gesetzlich garantierter Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes mit Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit.
9. Ausdehnung der Behaltefrist am Arbeitsplatz nach der Karenzzeit auf 26 Wochen.
10. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Grundpension, die nicht unter dem Existenzminimum liegen darf. Wenn ein/e Lebenspartner/in nicht erwerbstätig ist, hat der/die andere dafür Pensionsbeiträge zu zahlen. Kindererziehung und Pflegearbeit wirken pensionsfördernd.

11. Keine weitere Anhebung des Pensionseintrittsalters für Frauen, bevor nicht die tatsächliche Gleichberechtigung in allen Bereichen gegeben ist.

*Das Frauen-Volksbegehren wurde vom „Unabhängigen Frauen Forum“ initiiert, einem überparteilichen Verein von jüngeren und älteren Frauen in unterschiedlicher Lebenssituationen. Gemeinsam ist ihnen der Zorn über die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen und der Wunsch, ihre Lage zu verbessern.*

**Kontakt:** UFF Unabhängiges Frauen Forum  
Weyrgasse 5/2, 1030 Wien  
Tel. 713 02 06  
Spendenkonto: PSK 92 055 056



## Shredder

Frühjahr wird es und die Gartenarbeit beginnt. Aus diesem Grund möchten wir wieder auf den Shredder der LISTE GABLITZ hinweisen. Wir haben diesen vor einigen Jahren angeschafft um den KompostiererInnen die Arbeit zu erleichtern. Wer ihn, gegen eine geringe Aufwandsentschädigung, ausleihen möchte wendet sich bitte an Frau Irene Bochno Tel. Bis 20 Uhr: 41 22.